



Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Die Vorsitzende

openPetition gGmbH
Herrn Jörg Mitzlaff
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Berlin, 5. April 2022
Bezug: Ihre Eingabe vom
23. September 2020; Pet 2-19-15-
2125-038684
Anlagen: 1

Martina Stamm-Fibich, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-35257
Fax: +49 30 227-36027
vorzimmer.peta@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

der Deutsche Bundestag hat Ihre Petition beraten und am
24. März 2022 beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Er folgt damit der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses
(BT-Drucksache 20/1073), dessen Begründung beigefügt ist.

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages ist das
Petitionsverfahren beendet.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Stamm-Fibich



Pet 2-19-15-2125-038684

10405 Berlin

Krankheitsbekämpfung

Beschlussempfehlung

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Begründung

Der Petent fordert den Aufbau eines sogenannten "Erst-Systems" für die Anfangsphase der Demenz, um alternative Wege für Prävention und Versorgung zu eröffnen.

Als Kernelement dieses "Erst-Systems" schlägt der Petent ein kommunales Informationsportal vor, über das Betroffene haupt- und ehrenamtliche Angebote für soziale und sportliche Aktivitäten, Präventionskurse oder Ernährungsberatung finden können. Im Hinblick auf die Nationale Demenzstrategie kritisiert er, dass ein solches "Erst-System" nicht angedacht werde und die Perspektive der Betroffenen, insbesondere der pflegenden Angehörigen, nur unzureichend berücksichtigt werde.

Für die Anfangsphase sei es ratsam, systematisch für Bewegung zu sorgen, weil damit das Gehirn aktiviert werde. Für eine anregende Abwechslung des Gehirns sei es nützlich, wenn sich die Familien für gemeinsame Aktivitäten vernetzen könnten, etwa für eine Stunde pro Woche (z.B. für Ausflüge).

Der Petent erklärt in seiner Zuschrift, dass die Sammelpetition im Zeitraum vom 28. Februar bis 15. Juni 2020 von 56 Unterstützern aus Deutschland auf einer entsprechenden Internetseite unterschrieben worden sei.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Berücksichtigung einer zu der Petition erbetenen Stellungnahme des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG), die umfassend auf die Vorschläge des Petenten eingeht und dem Endbescheid beigelegt wird, wie folgt dar:

Der Petitionsausschuss kann die vom Petenten dargelegten Überlegungen nachvollziehen. Die Diagnose einer Demenz stellt die betroffenen Personen und ihre Familien vor große Herausforderungen. Wie der Stellungnahme des BMG zu entnehmen ist, nehmen Bund, Länder und Kommunen ihre Verantwortung diesbezüglich wahr und stellen vielfältige Angebote für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen bereit, damit diese solange wie möglich in ihrem sozialen Umfeld



noch Pet 2-19-15-2125-038684

bleiben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Informations- und Beratungsangebote nehmen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle ein.

Der Petitionsausschuss verweist in diesem Zusammenhang auf die am 1. Juli 2020 verabschiedete Nationale Demenzstrategie, die unter gemeinsamer Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Gesundheit unter Beteiligung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses von über 70 Akteuren entwickelt wurde.

Der Petitionsausschuss hält den mit der Nationalen Demenzstrategie beschlossenen Weg und die damit verbundenen Maßnahmen für richtig und sieht vor diesem Hintergrund keinen spezifischen Handlungsbedarf im Sinne der Eingabe. Er empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen.



Kopie

Bundesministerium für Gesundheit · 11055 Berlin

Deutscher Bundestag
- Petitionsausschuss -
11011 Berlin

Birgit Naase

Ministerialdirektorin

Leiterin der Abteilung 4
Pflegesicherung

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
Rochusstraße 1, 53123 Bonn
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin
53107 Bonn

TEL +49 (0)30 18 441 – 3605 / 1766

FAX +49 (0)30 18 441 – 3157 / 1735

E-MAIL Birgit.Naase@bmg.bund.de

411-45/Mitzlaff/20
Berlin, 23. November 2020

Krankheitsbekämpfung
Pet 2-19-15-2125-038684
Eingabe des Herrn Jörg Mitzlaff, 10405 Berlin,
vom 23. September 2020

Zu der o.a. Eingabe nehme ich wie folgt Stellung:

Der Petent fordert den Aufbau eines sogenannten „Erst-Systems“ für die Anfangsphase der Demenz, um alternative Wege für Prävention und Versorgung zu eröffnen. Als Kernelement dieses „Erst-Systems“ wird ein kommunales Informationsportal vorgeschlagen, über das Betroffene haupt- und ehrenamtliche Angebote für soziale und sportliche Aktivitäten, Präventionskurse oder Ernährungsberatung finden können. Im Hinblick auf die Nationale Demenzstrategie wird kritisiert, dass ein solches „Erst-System“ hier nicht angedacht werde und die Perspektive der Betroffenen, insbesondere der pflegenden Angehörigen, nur unzureichend berücksichtigt werde.

Die vom Petenten betonte Wichtigkeit der Anfangsphase einer Demenzerkrankung wird von Seiten der Bundesregierung bestätigt. Die Diagnose einer Demenz stellt die betroffenen Personen und ihre Familien vor große Herausforderungen. Gleichzeitig müssen gerade in dieser Phase wichtige Entscheidungen getroffen werden, die den weiteren Krankheitsverlauf beeinflussen können. Bund, Länder und Kommunen nehmen ihre Verantwortung diesbezüglich wahr und stellen vielfältige Angebote für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen bereit, damit diese so lange wie möglich in ihrem sozialen Umfeld bleiben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Informations- und Beratungsangebote nehmen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle ein. Insbesondere die Kommunen sind dabei gefordert, die lokalen Strukturen weiterzuentwickeln und für wohnortnahe und niedrigschwellige Angebote zu sorgen. Die aufgebauten Unterstützungsstrukturen vor Ort werden in der Regel von einem hohen zivilgesellschaftlichen Engagement getragen. Auch Informationsangebote oder -portale für ältere Menschen im Allgemeinen, aber auch für Menschen mit Demenz im Speziellen existieren bereits in

vielen Kommunen bzw. teilweise auch auf regionaler Ebene oder auf Landesebene. Eine bundesweite Informations- und Austauschplattform zum Thema Demenz, die im Zuge des Starts der Nationalen Demenzstrategie umfassend überarbeitet wurde, bildet der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Wegweiser Demenz (<https://wegweiser-demenz.de/>). Des Weiteren kann auch auf die vielfältigen Leistungen der Pflegeversicherung, sowie ggf. auch Leistungen der Krankenversicherung, der Altenhilfe oder der Eingliederungshilfe, verwiesen werden.

Um die Situation von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen weiter zu verbessern und die Gesellschaft als Ganzes stärker für das Thema Demenz zu sensibilisieren, hat das Bundeskabinett am 1. Juli 2020 die Nationale Demenzstrategie beschlossen und zugleich mit der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen begonnen. Die Strategie wurde unter gemeinsamer Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Gesundheit unter Beteiligung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses von über 70 beteiligten Akteuren entwickelt. Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz, die als Bundesverband von 136 Alzheimer-Gesellschaften die Interessen von Menschen mit Demenz und ihren Familien gegenüber der Bundespolitik vertritt, hatte hierbei durch Übernahme des Ko-Vorsitzes in der Steuerungsgruppe eine prominente Rolle inne und hat an der inhaltlichen Entwicklung der Strategie entscheidend mitgewirkt. Weitere bundesweit aktive Interessenvertretungen von Betroffenen oder ihren Angehörigen können ihr Interesse an einer aktiven Mitarbeit an der Umsetzung der Strategie weiterhin äußern. Hierfür wird ein „Netzwerk Nationale Demenzstrategie“ mit neuen Möglichkeiten zum Wissensaustausch und Informationsgewinn für die Akteure aufgebaut. Nähere Informationen hierzu: www.nationale-demenzstrategie.de/die-strategie/netzwerk-nationale-demenzstrategie.

Die zentrale Rolle der Angehörigen für die Betreuung und Pflege von Menschen mit Demenz wird im Rahmen der Nationalen Demenzstrategie über alle Handlungsfelder hinweg berücksichtigt und wertgeschätzt. Dem Thema Erstbegleitung nach einer Diagnose kommt hierbei ein besonderer Fokus zu. Beispielsweise wird geprüft, wie das Konzept des Dementia Care Management in die Regelversorgung übertragen werden kann. Hierbei erfassen speziell ausgebildete Pflegefachpersonen (sog. Dementia Care Manager) systematisch die persönliche Versorgungssituation von Menschen mit Demenz sowie deren Angehörigen. In Zusammenarbeit mit der versorgenden Hausarztpraxis wird dann versucht, fallspezifisch auf die individuellen Bedarfe der Patientinnen und Patienten zu reagieren und die häusliche Situation zu stärken und zu stabilisieren. Hierdurch soll ein Übertritt in stationäre Pflegeeinrichtungen verhindert oder möglichst lange hinausgezögert werden. Grundsätzlich wurde das Konzept in mehreren Studien bereits positiv evaluiert.

Ein weiterer Zugang, um Neu-Erkrankte, insbesondere Alleinlebende, mit ihrer Diagnose nicht allein zu lassen, erfolgt in Form einer niedrighschwelligeren ehrenamtlichen Erstbegleitung. Angeboten wird diese z. B. durch Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz. Am 01.10.2020 wurde ein neues Förderprogramm zum Auf- und Ausbau lokaler Netzwerke in ganz Deutschland gestartet. Daneben können auch Mehrgenerationenhäuser und kommunale Netzwerke und Einrichtungen diese Begleitung von Menschen mit Demenz anbieten. Diese Strukturen bestehen an vielen Orten bereits seit einiger Zeit und ihre Angebote werden entlang der Bedarfe vor Ort erweitert. So konnte in der Wirkungsanalyse der Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz herausgearbeitet werden, dass insbesondere Angehörige von Menschen mit Demenz und die Erkrankten selbst oft seltener Angebote in Anspruch nehmen und sich häufig nicht trauen, mit ihren Sorgen und Nöten nach draußen zu gehen. Um die Ehrenamtlichen auf eine Tätigkeit in der Erstbegleitung von alleinlebenden Menschen mit Demenz und darüber hinaus vorzubereiten, wurde ein digitales Weiterbildungsformat für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Mehrgenerationenhäusern, Lokalen Allianzen, Seniorenbüros und kommunalen Anlaufstellen gestartet.

Um auf Demenz, die Situation der Betroffenen und ihren Angehörigen aufmerksam zu machen und die Gesellschaft aufzurufen, sich für Menschen mit Demenz einzusetzen, wurde nach der Verabschiedung der Demenzstrategie eine bundesweite Initiative gestartet, in der z. B. Sportvereine, Chöre und Kultureinrichtungen ihre Angebote für Menschen mit Demenz öffnen. So wird in Kooperation mit dem Deutschen Olympischen Sportbund das Thema „Sport bewegt Menschen mit Demenz“ in den Fokus gerückt. Sensibilisierte und zu „Demenz Partnern“ geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Nahverkehrs, aber auch in Unternehmen allgemein sollen helfen, die Gesellschaft demenzfreundlicher zu machen, Teilhabe der Menschen mit Demenz zu befördern sowie die Vereinbarkeit zwischen der Versorgung vom Angehörigen mit Demenz und einer eigenen Berufstätigkeit zu verbessern. Die Altenhilfeplanung in den Kommunen soll als verlässliches Instrument der Politik für ältere Menschen und insbesondere auch für Menschen mit Demenz – ggf. als Teil der integrierten Sozialraumplanung – intensiviert werden. Hierdurch sollen Maßnahmen zur Mitwirkung, Teilhabe, Erhaltung der Selbstständigkeit und Unterstützung bedarfsgerecht gesteuert werden können. Zudem werden persönliche, digitale sowie telefonische Beratungsangebote von verschiedenen Akteuren weiter ausgebaut. Auch die Beratung über die Ferne hinweg – wenn Angehörige nicht in der Nähe der Betroffenen leben – sowie kulturelle und religiöse Aspekte finden Berücksichtigung. Bundesweit ist das vom BMFSFJ geförderte Alzheimer-Telefon der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e. V. Selbsthilfe Demenz ein zentrales Angebot, das zudem in der Covid-19-Pandemie intensiviert wurde. Darüber hinaus werden weitere Präventions- und Versorgungskonzepte geprüft, erprobt und auch in der Forschung findet der Bereich Demenz und Ernährung in Zukunft stärkere Berücksichtigung.